Samstag, 10. Februar 2024, Allgemeine Zeitung / Lokales

Mehr Jugend in der Kommunalpolitik

Claudia Brunsemann stellt Konzept für Beteiligung von jungen Menschen vor

VON THERESA BRAND

Das Konzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Kommunalpolitik sieht unter anderem eine Jugendvertretung vor. Foto: imago

Uelzen – Wie können in der Hansestadt Uelzen Kinder und Jugendliche dauerhaft an der Kommunalpolitik beteiligt werden? Die Frage, mit der sich der Sozialausschuss bereits seit knapp zwei Jahren beschäftigt, war in der jüngsten Sitzung im Ratssaal der Hansestadt Thema (AZ berichtete mehrfach). Dort stellte Claudia Brunsemann, die mit einer halben Stelle das Team um Christian Helms in der Jugendförderung ergänzt, den Entwurf des Beteiligungskonzeptes vor.

Das „Konzept zur kommunalen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Hansestadt Uelzen“ beinhaltet insgesamt 14 Empfehlungen. Dafür wurden beispielsweise die rechtlichen Grundlagen geprüft und inhaltlich in den ersten Punkten umgesetzt. So heißt es in einer Empfehlung, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung in die Hauptsatzung der Hansestadt aufgenommen werden soll.

In dem Konzept wird auch erläutert, was mit „Partizipation“, beziehungsweise „Beteiligung“ eigentlich gemeint ist, denn die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen müssten klar benannt werden. Je nach Vorhaben könnte es um Mitsprache und Mitwirkung gehen, bei der die Meinungen und Ideen der Kinder und Jugendlichen gehört werden und in die Entscheidung einfließen – diese liegt aber bei den Erwachsenen. Eine andere Möglichkeit ist die Mitbestimmung, bei der Kindern und Jugendlichen ein gleichberechtigtes Stimmrecht zugesprochen wird. Die dritte Option der Beteiligung wäre die Selbstbestimmung, bei der den Kindern und Jugendlichen – für einen Teil oder das gesamte Vorhaben – die Entscheidungsmacht übertragen wird.

Um möglichst vielen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich an der Kommunalpolitik zu beteiligen, sollen vielseitige Formen und Facetten vonseiten der Hansestadt angeboten werden. So soll darauf geachtet werden, möglichst diverse Zielgruppen zu erreichen und für unterschiedliche Altersgruppen entsprechende Formate zu erarbeiten.

Die Zugänge für Kinder und Jugendliche, beispielsweise zu den entsprechenden Ansprechpartnern in der Politik oder den Kinder- und Jugendvertretern, sollen möglichst einfach gestaltet werden, wie es in einer weiteren Empfehlung heißt. Möglich wären hier ein digitales Tool und die transparente Vernetzung mit kooperierenden Institutionen.

Eine Empfehlung ist die Trennung von Kindern und Jugendlichen. Erfahrungen hätten gezeigt, dass die Altersgruppen jeweils unterschiedliche Formate brauchen – das haben auch die Befragungen und Workshops gezeigt, die im vergangenen Jahr in Uelzen stattgefunden haben. Für die Jugendlichen soll es eine repräsentative Jugendvertretung geben, für Kinder offene Formate wie Kinderkonferenzen oder die Beteiligung an Einzelprojekten.

Bei der Gründung und der weiteren Ausgestaltung einer (Kinder- und) Jugendvertretung sollen die jungen Menschen selbst mitwirken – zum Bei-

spiel über Workshops oder andere Verfahren. Anregungen dafür sind im Konzept bereits enthalten: So soll eine Schlüsselfunktion die formale Absicherung der Jugendvertretung durch eine kommunale Satzung, eine Geschäftsordnung und eine Wahlordnung sein. Es muss ein eigenes Budget geben, eine kontinuierliche und verlässliche Begleitung sowie regelmäßige Sitzungen.

In der anschließenden Debatte äußerte sich Karl-Heinz Günther (CDU): „Das ist eine tolle Geschichte.“ Er beantragte, das Konzept nun in den einzelnen Fraktionen zu diskutieren. Friederike Knust (SPD) betonte: „Das sind Eckpfeiler, die jetzt weiter besprochen werden müssen. Wir dürfen uns nicht an kleinen Detailbausteinen festhalten – das kommt später. Das Konzept als Grundlage ist sehr gut.“